

Uetersener Nachrichten vom [18.09.2008 20:43](#)

Vorhaben für 2009

Auch wenn die Politiker von Bündnis 90/Die Grünen im Umweltausschuss die Schaffung von Bürgersolardächern und deren Förderung als Alternative zum bisherigen Zweck des Ökofonds als Antrag einbrachten, waren sie von der Diskussion und dem Ergebnis enttäuscht und enthielten sich bei der Beschlussfassung.

Von Sylvia Kaufmann

Tornesch. Vor dem Hintergrund, dass die neue Baugesetzgebung bei Neubauten einen gewissen Teil regenerativer Energiequellen vorsieht und die bisherige Förderung aus dem Tornescher Ökofonds nur Hauseigentümern zugute kam, hatten die Grünen in der Sitzung des Umweltausschusses einen Antrag eingebracht, mit dem neue Wege in der Umweltförderung beschritten werden sollen. Die Grünen hatten beantragt, dass die Mittel des bisherigen Ökofonds, in dem in diesem Jahr 35000 Euro für die Förderung von Solarkollektoren, Photovoltaik- und Regenwassernutzungsanlagen sowie Baumschutzmaßnahmen zur Verfügung standen, im Jahr 2009 neben der Förderung von Baumschutzmaßnahmen zur Förderung sogenannter Bürgersolardächer (von mehreren Bürgern gemeinsam finanzierte Photovoltaikanlagen) bereitgestellt werden. Der Fonds sollte zudem nicht mehr Ökofonds, sondern Klimaschutzfonds heißen.

„Jeder Bürger, auch ohne Hauseigentum, erhält mit der Bürgersolaranlage die Möglichkeit, etwas für den Klimaschutz zu tun und kann damit noch Geld verdienen“, warb auch die Fraktionsvorsitzende Christiane Clauß, die nicht dem Ausschuss angehört, für das Anliegen der Grünen. Denn die Christdemokraten plädierten dafür, den Fonds ganz abzuschaffen und wollten erst ermitteln, ob überhaupt bei Bürgern Interesse an der Schaffung einer Bürgersolaranlage mit Gründung einer Unternehmensform besteht. Doch die Grünen setzten sich für Nägel mit Köpfen ein und betonten, dass nicht die Bürger mit dem Geld aus dem Fonds unterstützt würden, sondern die 35000 Euro einmalig als Einlage der Stadt zu sehen seien. „Wir sind nicht gegen eine Bürgersolaranlage, aber gegen den hohen Betrag. Es reicht doch, wenn wir uns als Stadt mit 10000 Euro einkaufen.

Vielleicht kommt es ja 2009 gar nicht zu der Bürgersolaranlage. Wir würden dann nicht so viel Geld im Haushalt binden“, bekräftigte Andreas Bannick die CDU-Position und warf den Grünen vor, ja den aktuellen Haushalt abgelehnt zu haben.

Die SPD-Umweltpolitikerin Ulrike Jürgens plädierte dafür, dass sich die Stadt nach einer gewissen Zeit mit ihrem finanziellen Anteil aus der Bürgersolaranlage zurückziehen sollte, damit es eine Bürgerinitiative bleibt. Der Leiter des Bau- und Umweltamtes Rainer Lutz warb dafür, bis zu 20000 Euro bereitzustellen und den Fonds im Haushalt 2009 „Bürgersolaranlage“ zu nennen. CDU, SPD, und FDP stimmten dem zu, die beiden Grünenpolitiker Helmut Rahn (Ausschussvorsitzender) und Gicela Schloß enthielten sich.

unintern

URL: <http://www.uen.a.de/artikel/2465312>

© 2008 www.uen.a.de